

1. Haushaltsanpassung

***Es gilt das gesprochene Wort!***

Mitglieder in Regierung und Parlament,  
Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger der DG,

die Haushaltsanpassung.

Wenn man sich die verschiedenen Haushaltsvorstellungen durch die Regierung und auch die Vorstellungen zur Haushaltsanpassung der letzten Jahre anschaut – dann erkennt man einen roten Faden.

Gekonnt wird vom Wesentlichen abgelenkt -  
Gekonnt werden Nebenschauplätze in den Vordergrund gestellt,  
und gekonnt wird vertuscht –

Vor einem Jahr, bei der letzten Haushaltsanpassung, bemerkte ich am Ende meines Redebeitrages, dass es nicht bedeutsam sei, was Regierungsmitglieder erzählen. Viel bedeutsamer ist, was sie nicht sagen.

Und auch dies hat sich wieder bei der Vorstellung der Haushaltsanpassung durch den zuständigen Finanzminister bewahrheitet.

Das Einzig erfreuliche ist, dass es das letzte Mal war, dass wir uns eine Haushaltsanpassung von dieser Regierung haben anhören müssen –

Anstatt sich mal sachlich auseinanderzusetzen, mit der extrem hohen Verschuldung des Landes, und die Folgen für die DG.

Mit den hohen Kosten, die noch auf uns zukommen werden, u.a. durch den demografischen Wandel, und mit den Folgen des neuen Finanzierungsgesetzes – Stattdessen - leeres Gerede über kleinere Anpassungen.

Der Bürger der DG hat eigentlich ein Recht darauf sachlich durch den zuständigen Finanzminister über die Finanzlage der DG informiert zu werden.

Nehmen wir als Beispiel die Folgen des neuen Finanzierungsgesetzes für die Deutschsprachige Gemeinschaft – worüber die Mehrheit und die Regierung bis heute schweigen.

Wenn man die verschiedenen Kürzungen durch das neue Finanzierungsgesetzes addiert, erhält man für die drei kommenden Jahre eine Summe von mehr als 11,5 Millionen Euro, welche die DG weniger bekommt.

Es geht einmal um den Beitrag der DG zur Sanierung der Staatsfinanzen, in Artikel 15. Der Mitarbeiter vom Rechnungshof sprach von einem Schlüsselement.

Und dann gibt es noch den Verantwortlichkeitsbeitrag bezüglich der Beamtenpensionen, Artikel 35.

Ich hatte dies bereits im Februar, im Rahmen der Debatte zum Gutachten über dieses Finanzierungsgesetz angesprochen.

Alles Elemente, welche die Vivant Fraktion seit Jahren anspricht.

Immer wieder haben wir davor gewarnt, dass die hohe belgische Staatschuld auch Folgen für die DG haben wird.

Dasselbe gilt für den Verantwortlichkeitsbeitrag der DG bezüglich der Beamtenpensionen.

## 1. Haushaltsanpassung

Aber die Regierung hat dies ignoriert, man wollte nicht darüber reden, man wollte es vor dem Bürger verheimlichen. Und nun ist es Gesetz.

Vorausschauendes Handeln, so wie es die Regierung gerne betont, wäre gewesen, wenn man diese Elemente in den letzten Jahren mit berücksichtigt und Rücklagen gebildet hätte. Denn im Grunde war es seit Jahren bekannt, dass da etwas kommen würde.

Aber nein.

Genau das Gegenteil hat man gemacht –

Man hat noch nach der Lehmanpleite von 2008 mit Wachstumszahlen jongliert, welche nie erreicht wurden, und sich Einnahmen hochgerechnet.

Und das erhoffte Geld hat man dann auch noch komplett verplant –

Obwohl man sich mitten in der Krise befand.

Selbst 2 Jahren später im Jahre 2010, hat Herr Lambertz seine waghalsigen Prognosen von damals immer noch rechtfertigt.

Und weitere unrealistische Zahlen in seiner Simulation mit eingebaut.

Diese Regierung, hat so etwas wie Rücklagen oder Sicherheiten für unsichere Zeiten nie gekannt.

Genau das Gegenteil –

Anstatt Einsicht walten zu lassen – und in diesen Zeiten Maß zu halten wurde weiter gebaut und gefeiert – man reiste auf Kosten des Bürgers durch ganz Europa. Von Zypern bis Dänemark und von Dublin bis Weimar, und was waren die Ergebnisse:

„Die Wahrnehmung formaler Verpflichtungen und die Vertiefung der Kontakte.“ Steht zumindest so im Bericht.

Aber was ist mit der eigentlichen Arbeit hier in Eupen, wie sehen hier die Resultate aus.

Nie gab es mehr Arbeitslose in der DG.

Wir verzeichnen ständig ansteigende Zahlen, und auch nie hatte die DG mehr Schulden als heute.

In zahlreichen Diensten brodeln es, weil man mit Kürzungen zu Recht kommen muss, welche die alltägliche Arbeit erschweren.

Auch bei Lehrern zeichnet sich teilweise eine Unzufriedenheit aus.

Anstatt so wie es vor 5 Jahren mehrfach verkündet wurde, eine Aufwertung des Lehrerberufes durchzuführen, haben diese Einschnitte in ihren Gehältern bekommen.

Im Bericht zur Haushaltsanpassung stehen hierzu Zahlen:

Durch die Durchführung der Spar- und Krisendekrete, wurden und werden bei den Gehältern im Unterrichtswesen von 2013 bis zum Jahre 2019 eine Summe von mehr als 8,5 Millionen Euro eingespart.

Bei den Gemeinden und ÖSHZ eine Summe von mehr als 2,8 Millionen Euro, und durch weitere Maßnahmen u.a. in den Diensten mehr als 6,3 Millionen Euro.

In solchen Zeiten, wo immer und immer wieder von Krise gesprochen wird, und Kürzungen in den Diensten durchgeführt werden,

ist es eigentlich nicht angebracht, dass der Regierungschef während einem Jahr

## 1. Haushaltsanpassung

50 Tage außerhalb der Euregio unterwegs ist.  
Und es zeigt auch die Haltung welche Herr Lambertz einnimmt.  
Auch interessant ist hier die fehlende Vorbildfunktion der Regierung.

Für das Jahr 2014 belaufen sich die Kosten der Regierung auf 3.038.000 Euro.  
Eingespart hat man durch die Spardekrete für das Jahr 2014 sage und schreibe  
23.100,- €. Also 0,007 % dieser Summe.

Herr Velz bringt ja schonmal solche Promille Vergleiche – mal sehen ob er nachher  
auch von diesem Missverhältnis hier spricht –

Wenn man die Zahlen kumuliert wird einem deutlich welche Prioritäten die Regierung  
und die sie tragende Mehrheit hat.  
Insgesamt hat die Regierung durch die verschiedenen Spar- und Krisendekrete  
etwas mehr als 19,6 Millionen Euro bei den Gehältern, und den Diensten gekürzt.  
Ihr eigener Beitrag ist gerade einmal in einer homöopathischen Dosis erkennbar, um  
genau zu sein 0,0068 Prozent.  
Eigentlich lächerlich – besonders wenn man weiß was die Regierung sich so alles  
gönnt.

Ich habe mehrfach schriftliche Fragen eingereicht um genaue Kostenaufstellungen  
der Regierung, Punkto Spesen oder Nebenkosten, zu erhalten.  
Leider hat man diese nicht korrekt beantwortet.  
Wir haben immer nur die Summen für die Gesamtkosten der Regierung erhalten, nie  
Einzelaufstellungen der einzelnen Kabinette, von keinem Minister.  
Hatte man da etwas zu verbergen? Womöglich.  
Und es sind diverse Privilegien, welche dies verdeutlichen.  
So erhält jeder Minister pro Jahr zu seinem bereits sehr hohen Gehalt eine  
steuerfreie Unkostenpauschale von 6.000,- Euro.  
Und ich zitiere aus der Antwort des zuständigen Finanzministers:  
Hierbei handelt es sich um Unkosten wo es nicht möglich oder nicht üblich ist Belege  
zu erhalten.

Auch hier meine Damen und Herren, ein Hohn an jeden Bürger.  
Oder haben Sie etwa das Kästchen in ihrer Steuererklärung schon entdeckt,  
wo sie ihre steuerfreie Unkostenpauschale eingeben können,  
und als Erklärung geben Sie dann an:  
Hierfür war es nicht möglich und auch nicht üblich Belege zu erhalten.

Bei uns in der Eifel sagt man: „Wer das Kreuz hat, der segnet sich damit!“  
Und dieser Spruch passt hier bestens.

Meine Damen und Herren,  
dass sind kleine Beispiele der Dekadenz der klassischen Politik.

Ich könnte hier mehr aufzählen, so z.B. dass der Parlamentspräsident zu seinem  
sehr hohen Gehalt, monatlich einen Pensionsbeitrag von mehr als 3.900,- €  
erhält. Und somit nach 5 Jahren Dienstzeit über eine satte Zusatzrente verfügt,  
wovon ein Arbeiter nur träumen kann.

## 1. Haushaltsanpassung

Aber lassen wir das. Der Bürger hat in einigen Wochen die Wahl.  
Und er soll entscheiden ob er dieses Schauspiel hier weiter duldet.

Werfen wir noch einen Blick auf die Vorstellung der Haushaltsanpassung.  
Und auf Fakten und Zahlen zur DG.

Man hätte eigentlich erwarten dürfen, dass die Regierung in diesen, immer wieder von ihr selbst genannten, Krisenzeiten, einsachliches Konzept zur Kostenreduzierung vorstellt.

Auch hier Fehlanzeige – man geht andere Wege –

Man sucht keine Möglichkeit aus der Verschuldung herauszukommen, sondern man sucht nach Möglichkeiten neue Schulden zu machen.

Herr Lambertz hat das auch in der Vorstellung angesprochen, er kümmert sich jetzt um neues Schuldenmachen, indem er auf Liquiditätsscheine zurückgreift.

Meine Damen und Herren,  
noch nie hatte die DG so viele Schulden wie heute.

Noch nie hatte, in absoluten Zahlen, der belgische Staat, so viele Schulden wie heute.

Mehr und mehr werden auch die Gemeinschaften in die Verantwortung genommen.

Und das Einzige was der zuständige Finanzminister der DG vorhat, ist nach Möglichkeiten zu suchen, neue Schulden anzuhäufen.

Ich frage Sie, wird die Lage dadurch besser?

Nein, dies wird die Lawine nur verstärken –

Und man darf nicht vergessen, dass die belgische Staatsschuld pro Tag um mehr als 44 Millionen Euro ansteigt.

Das Problem ist unser aktuelles Finanz- und Wirtschaftssystem es treibt die Staaten in die Verschuldung.

Und die Ökonomen und die Bankenlobby verkaufen dies den Staaten als alternativlos.

Übrigens erinnern Sie sich an die Sponsoren der Nacht der offenen Gemeinschaft, und die diesbezüglichen Stände im Triangel, und die Logos auf den Einladungen.

Dabei gibt es Alternativen wie z.B. das Freigeld oder das Vollgeldmodell, Systeme welche von zahlreichen Professoren in ganz Europa unterstützt werden. Aber noch hat die Bankenlobby die klassische Politik, fest im Griff.

Meine Damen und Herren,

Die Marktwirtschaft lebt davon, dass man Dinge kauft, die man nicht braucht, vom Geld das man nicht hat.

Dieses System kann man eigentlich vergleichen mit einer Halluzination – Man glaubt man lebe im Wohlstand – dabei ist dieser nur durch Schulden entstanden.

Und die Schulden sind zu einer Droge geworden.

Eine süße Droge, die sehr gefährlich ist. Und alle Regierungen sind abhängig, von diesem Gift, ein Gift was unsere gesamte Gesellschaft zu zerstören droht.

## 1. Haushaltsanpassung

Und irgendwann ist Zahltag –

Wie sagte es Ludwig Erhard einmal so schön:

„Einmal wird der Tag kommen, da der Bürger erfahren muss, dass er die Schulden zu bezahlen habe, die der Staat macht und uns zum "Wohle des Volkes" deklariert.

Herr Lambertz, spricht von den neuen Liquiditätsscheinen als ob dies das normalste der Welt sei, genauso sorglos wie er über den Kassenkredit redet –

Eine Linie von mehr als 100 Millionen Euro.

Welche übrigens Ende des Jahres neu verhandelt werden muss.

Durch das Programm, welches die Regierung im Februar mit der Belfius Bank unterzeichnet hat, hat sie nun ein zusätzliches Finanzierungsinstrument, welches die Möglichkeit bietet auf kurzfristige, wie auf langfristige Finanzierungen zurückzugreifen, bis zur eine maximal Summe von 150 Millionen Euro.

Infolge einer ersten Emission wurde bereits eine Summe von 20 Millionen Euro, gesammelt.

Als Parlamentarier finde ich es seltsam, dass die Regierung, einen Vertrag von einer Summe von 150 Millionen Euro, also fast 75 Prozent der Haushaltssumme,

unterschreiben kann, ohne dass dies hier im Parlament abgestimmt werden muss.

Ich kann mich erinnern, dass da mal was war, dass die Regierung sich diesen Freibrief gegeben hat –

Ich weiß nicht wie die Kollegen dies sehen, aber eigentlich sollte man über solch eine Summe öffentlich im Parlament drüber diskutieren.

Aber das ist vielleicht ein anderes Thema, und passt besser

unter der Beschreibung: Möglichkeiten einer Regierung das Parlament zu umgehen -

Aber lassen wir das und schauen uns lieber den Gesamtkontext der Verschuldung der DG im föderalen Belgien an:

Wir alle wissen die Haupteinnahmequelle der DG ist die Föderale Dotation.

Der Föderalstaat muss in den nächsten Jahren mehrere Milliarden einsparen, um die EU Richtlinien einzuhalten.

Zusätzlich steigt jetzt bereits die Staatsschuld um mehr als 44 Millionen Euro pro Tag an. Dasselbe gilt für die wallonische Region, auch diese ist hoch verschuldet, und auch hier müsste gespart werden.

Aber trotz Spar- und Krisendekrete steigen in ganz Belgien die Schulden immer mehr an. Und für die wahren Sparmöglichkeiten sind diese Regierungen blind.

Das Heuchlerische ist immer diese Schönrednerei!

Anstatt Sanierungskonzepte aufzustellen, sucht man nach neuen Wegen sich zu verschulden.

Aber wenn immer alle mehr Schulden machen, stehen wir dann nicht irgendwann vor einem noch größeren Problem?

Und womit zahlen wir eines Tages die ganzen Rentenansprüche, wenn man diese noch zur Staatsschuld addiert, man spricht dann auch von der implizierten Schuld.

Auch etwas was von Regierungsseite aus verschwiegen wird.

## 1. Haushaltsanpassung

In einer jüngst aktualisierten Studie von Professoren der Uni Freiburg sind die Schulden der Staaten weitaus höher, wenn man die Versprechungen der Staaten an ihre Bürger, also u.a. die Renten, mit einberechnet.

Bereits vor einigen Jahren hatte ich dies im Rahmen einer Haushaltsdebatte angesprochen, die jetzt neu veröffentlichte Studie verdeutlicht nochmals wie problematisch die Lage der öffentlichen Finanzen in ganz Europa ist.

Wir sind also noch lange nicht am Ende der Schuldenkrise, nein die süße Droge Schulden hat Europa immer noch fest im Griff.

Meine Damen und Herren,  
die Vivant Fraktion hat in dieser Legislaturperiode immer wieder auf Alternativen und Möglichkeiten hingewiesen, wie eine Staat und eine Gemeinschaft sich anders finanzieren könnte. Wir haben von Parallelwährungen gesprochen und sind dafür beleidigt und ausgelacht worden.

Auch hatte ich vor einigen Jahren einige konkrete Elemente vorgetragen wie man u.a. hier in der DG, alternative Wege gehen könnte.

Einige von Ihnen werden sich sicherlich erinnern.

Vor etwas mehr als 4 Jahren, habe ich im Ausschuss 4 einen Vortrag gehalten, über alternative Finanzierungsmodelle, und Probleme der Überschuldung.

Damals hatte ich auch auf die Möglichkeit der Gründung von Seniorengenossenschaften hingewiesen.

Und letzte Woche las ich durch Zufall, dass das sächsische Staatsministerium im Herbst letzten Jahres ein Gutachten zur Etablierung von Seniorengenossenschaften im Bundesland Sachsen in Auftrag gegeben hat.

Kernansatz des Konzepts der Seniorengenossenschaft ist das Prinzip der gegenseitigen Selbsthilfe, welches durch ein Zeit-Tausch System realisiert wird.

Ich erinnere mich noch gut daran, wie der zuständige Minister Mollers sich sehr desinteressiert hierüber geäußert hatte, als ich dies zum ersten Mal ansprach.

Der zuständige Mitarbeiter des Ministers, war schon sachlicher, er meinte es sei durchaus eine interessante Idee.

Und die Studie, für das Bundesland Sachsen endet mit dem Fazit:

Seniorengenossenschaften lösen zwar nicht das generelle Finanzierungsproblem. Sie sind aber ein interessanter Teil einer umfassenden Lösungsstrategie.

Und über die finanziellen Aspekte hinaus stärken Seniorengenossenschaften die Eigeninitiative und bürgerschaftliches Engagement.

Aber eigentlich gilt dasselbe für andere Ideen der Vivant Fraktion, welche wir in dieser Legislaturperiode immer wieder zur Sprache gebracht haben.

U.a. den Resolutionsvorschlag, zur Abänderung der MWST System auf öffentliche Investitionen – Dies wäre eine Kostenreduzierung für alle Gemeinden, Gemeinschaften und Regionen Belgiens.

Ja mittelfristig auch für den Föderalstaat –

Auch dies wurde bereits im Ausschuss von allen abgelehnt –

Dasselbe gilt für unsere Ideen bezüglich Aufschwungspakete durch nationale Komplementärwährungen –

1. Haushaltsanpassung

Meine Damen und Herren,

Schulden machen, dass war und das ist, der rote Faden der die Regierungszeit Lambertz durchzogen hat.

Und diese Regierung macht sich Gedanken, wie sie sich weiter verschulden kann, anstatt Auswege aus diesem Dilemma zu suchen.

Es wäre passender gewesen, der zuständige Finanzminister, hätte ganz zu Anfang, bei der Vorstellung der Haushaltsanpassung seinen Schlusssatz gebracht, und mal selbstkritisch über seine Amtszeit und seine Politik nachgedacht.

Denn wie meinte er so schön am Ende:

“Aber es gibt natürlich Leute die nicht belehrbar sind, aber auch das gehört zur Demokratie...”

Na wen er wohl damit meinte? Vielleicht sich selbst?

Meine Damen und Herren, wir befinden uns am Ende einer Ära.

Und das ist gut so.

Der Bürger ist wachsamer und versteht mehr und mehr was hier gespielt wird.

Es ist Zeit aufzuwachen und zu handeln.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

**Michael Balter – Vivant-Fraktion im PDG – 05.05.2014**